



# NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL  
MAI II I 2023 | AUSGABE 10



Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Viele gute Anträge der SPD standen in dieser Woche auf der Tagesordnung.

Darum soll es in dieser Ausgabe des Newsletters einmal vorrangig um unsere Parlamentarische Arbeit in Düsseldorf gehen.

Besonders dramatisch ist momentan die Situation in den Kitas. Betreuungszeiten müssen vielerorts immer weiter eingekürzt werden, die Bildung bleibt auf der Strecke und nun haben die Träger der Kitas ein großes Finanzierungsproblem, welches schnellstmöglich gelöst werden muss. Nur die Landesregierung hat den Ernst der Lage leider immer noch nicht erkannt und sieht keinen Handlungsbedarf.

Für ein bisschen Fernweh wird in dieser Ausgabe auch gesorgt, denn Finnland war das Ziel unserer ein-wöchigen Ausschussreise. Neben guten Input für unsere Arbeit in NRW haben wir auch viele Einblicke zu "Land und Leuten" bekommen.

Ich wünsche euch wie immer viel Spaß beim Lesen des neuen Newsletters.

*Eure Nina*

## INHALT

### AUS DEM LANDTAG

- Chancengleichheit
- Mehr Geld für Studierenden-Werke

**Seite 02**

- Was fließt, muss auch ankommen
- Weil man manchmal zwei Herzen hat

**Seite 03**

- Angstfreie Beratung sicherstellen
- Schluss mit dem Notstand in den Kitas

**Seite 04**

- Tervetuloa Suomeen!

**Seite 05**

- Kinderschutz ist Pflichtaufgabe

**Seite 06**

### AUS DEM WAHLKREIS

- Redebedarf?

**Seite 07**

## Impressum

Homepage: [nina-andrieshen.de](https://nina-andrieshen.de)

Facebook: [ninaandrieshenrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshenrw)

Instagram: [nina\\_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

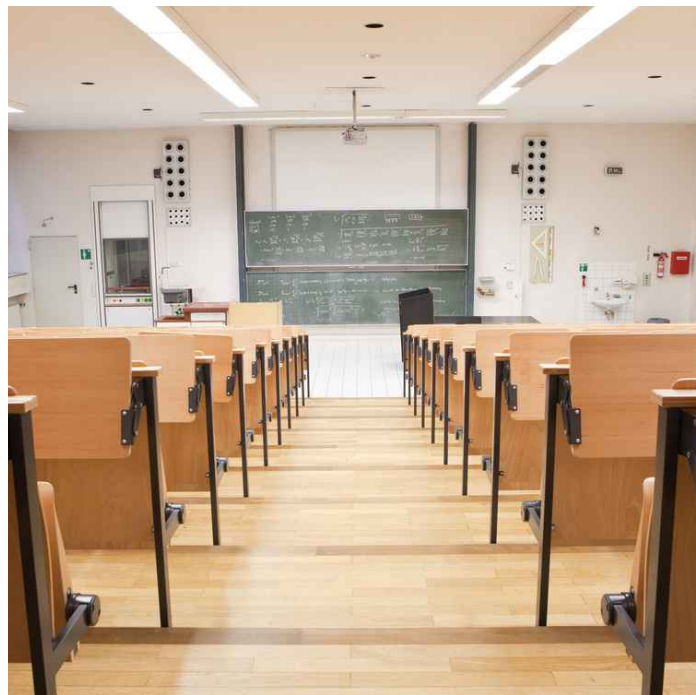
**Nina Andrieshen MdL** | Franzstraße 26  
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138



## CHANCENGLEICHHEIT

ZU UNSEREM ANTRAG "EINSETZUNG EINER ENQUETEKOMMISSION  
"CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG"

Bildung: Der Grundstein für unser Leben und der Schlüssel zu sozialem Aufstieg und finanzieller Absicherung. Aber die Bildungslandschaft in Deutschland gleicht einem Dschungel: Eigentlich ist es Ländersache, gleichzeitig liegen viele Schulen in kommunaler Hand und in Finanzfragen springt der Bund immer wieder ein. Kein Wunder also, dass unser Bildungssystem vieles ermöglicht, aber keine Chancengleichheit. Es macht einen Unterschied, in welcher Postleitzahl ein Kind aufwächst, ob es in einer Stadt mit genügend Kita-Plätzen lebt und in welchem Bundesland und in welcher Stadt es zur Schule geht. Dass es so ist, wissen wir alle, und dass es nicht so sein sollte, wissen wir auch. Und dass die Lehrkräfte nicht alleine ausgleichen können, sowieso. Darum wollen wir von der SPD eine Enquetekommission zum Thema Bildung einrichten. Das heißt, alle Fraktionen arbeiten gemeinsam an einem Thema und veröffentlichen einen Bericht mit Handlungsempfehlungen, der von allen Parteien mitgetragen wird. Wir wollen wissen, was Kinder für einen guten Schulbesuch brauchen, wie der Schulstart und der Schulwechsel gelingen kann und wie wir Schule und berufliche Bildung stärker miteinander verzahnen. Fachkräftemangel, soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt: Themen, in die Bildung direkt reinspielt und zwar vom ersten Kita-Jahr an. Dieses Thema ist zu wichtig, um es weiterhin als politischen Spielball zu nutzen und alle paar Jahre eine andere Landesregierung an den vielen Baustellen herumdoktern zu lassen. Packen wir es also an – gemeinsam! **Hier findet ihr den Antrag.**



## MEHR GELD FÜR STUDIERENDENWERKE

ZU UNSEREM ANTRAG „STUDIERENDENWERKE VOR DEM KOLLAPS  
BEWAHREN – CHANCENGLEICHHEIT UND STUDIERENDENWERKE  
STÄRKEN“

Studierendenwerke leisten für die Studierenden wichtige Arbeit und durch Angebote wie bezahlbaren Wohnraum, günstiges Essen, Kinderbetreuung und andere Einrichtungen kostengünstige Unterstützung. Ein Studium ohne Geldbeutel der Eltern ist für viele erst dadurch möglich. Die Inflation und die Energiekrise machen jedoch auch vor den Studierenden und den Studierendenwerken nicht halt. Das Armutsrisiko ist bei Studierenden hoch, der seit Jahren steigende Sozialbeitrag zur Finanzierung der Studierendenwerke, den sie jedes Semester zu entrichten haben, ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen: Von 1994 bis 2022 von 50,50 € auf 181,25 €. Bereinigt man dies von der Inflation, so ist dies immer noch mehr als eine Verdopplung. Die Landesregierung hat bis jetzt wenig getan, um zu helfen. Im Gegenteil: Beim Anteil des Landes an der Finanzierung der Studierendenwerke handelt es sich inflationsbereinigt faktisch um eine Verringerung um 25 %, während gleichzeitig die Zahl der Studierenden parallel um 30 % gestiegen ist. Eine belastende Situation für alle. Das Land muss nun endlich wieder seiner Verantwortung gerecht werden und die Lage der Studierenden durch eine stabile Finanzierung der Studierendenwerke verbessern, damit am Ende auch die Sozialbeiträge nicht mehr erhöht werden müssen, sondern wieder langsam gesenkt werden können. Schwarz-Grün sah das in der Abstimmung leider anders! **Hier findet ihr den Antrag.**





## WAS FLIESST, MUSS AUCH ANKOMMEN

ZU DEM ANTRAG VON SPD UND FDP "KEINE KLEBRIGEN FINGER – LAND MUSS BUNDESMITTEL VOLLSTÄNDIG WEITERLEITEN" UND UNSEREM ANTRAG "KOMMUNEN UND GEFLÜCHTETE NICHT WEITER IM STICH LASSEN – LAND MUSS EIGENE HAUSAUFGABEN MACHEN"

Mit Beginn des Ukrainekriegs, aber auch in Anbetracht der kontinuierlichen Auswirkungen von Konflikten und Klimawandel hat auch die Anzahl der Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, stark zugenommen.

Unsere Kommunen in NRW haben mit Blick auf Unterbringung, Integration und Versorgung sehr vieles geleistet – häufig auf eigene Kosten.

Es ist richtig, dass sie stärker unterstützt werden. Mit einer weiteren Milliarde springt der Bund jetzt in die Bresche – das reicht zwar nicht, ist aber ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Aber wo bleibt das Land? Nicht mal die 34.500 anvisierten landeseigenen Plätze hat es bisher geschafft einzurichten – zum Vergleich: 2015 waren es 85.000. Doch nicht nur das – auch die Bundesmittel sollen zu 50% beim Land verbleiben. Verständlich, dass die Kommunen da auf die Barrikaden gehen.

Darum forderten wir in zwei separaten Anträgen, dass das Land endlich seinen Beitrag leistet und die Anzahl der bereitgestellten Plätze erhöht – und, dass es das Geld vom Bund vollumfänglich an die Kommunen weitergibt! Dies wird nun weiter im Ausschuss beraten und hoffentlich schnell umgesetzt. Hier findet ihr **den Antrag von SPD und FDP**, und hier **unseren Antrag**.

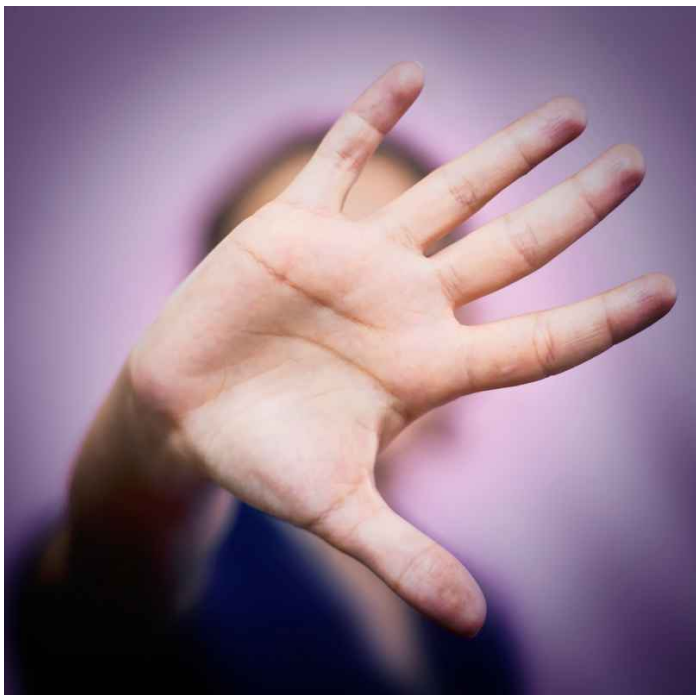


## WEIL MAN MANCHMAL ZWEI HERZEN HAT

ZU UNSEREM ANTRAG "MODERNISIERUNG DES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHTS STÄRKT UNSERE DEMOKRATIE – DER LANDTAG MUSS DIE PLÄNE DER BUNDESREGIERUNG UNTERSTÜTZEN UND DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR SCHNELLE EINBÜRGERUNGEN IN NRW SCHAFFEN"

NRW ist ein Einwanderungsland. 5,6 Millionen Menschen in NRW haben eine Einwanderungsgeschichte: das ist fast jeder dritte! Vor über 65 Jahren wurde das erste Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften unterzeichnet – es folgten viele weitere, immer wieder zogen Menschen auf der Suche nach einem anderen oder besseren Leben an Rhein und Ruhr. Heute haben wir eine bunte, vielfältige Gesellschaft mit über 50 Nationalitäten – nur leider immer noch kein Einbürgerungsrecht, dass dieser Realität gerecht wird. Dabei ist moderne Einbürgerungspolitik eine wichtige Stärkung der Rechte und Teilhabe derjenigen, die Rassismus und Xenophobie erfahren müssen. Berlin macht sich auf den Weg zur Mehrstaatlichkeit – wir wollen, dass Düsseldorf nicht hinterher, sondern vorne weg läuft: Indem wir proaktiv die Voraussetzungen für schnellere Einbürgerungsverfahren schaffen, die zuständigen Behörden angemessen ausstatten, eine Einbürgerungskampagne wie in Hamburg auf den Weg bringen, und alle Möglichkeiten des Teilhabe- und Integrationsgesetzes nutzen, um mehr Einbürgerungen zu ermöglichen! Fast 6 Millionen Menschen leben, wohnen, arbeiten in NRW – warum sollten sie es nicht auch offiziell zu ihrem Zu Hause machen dürfen? Das besprechen wir jetzt im Ausschuss! **Hier findet ihr den Antrag.**





## ANGSTFREIE BERATUNG SICHERSTELLEN

ZU UNSEREM ANTRAG "DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT VON FRAUEN SICHERN! VORHABEN GEGEN „GEHSTEIGBELÄSTIGUNGEN“ UNTERSTÜTZEN"

Wenig kann das Leben einer Frau so sehr verändern wie eine Schwangerschaft – und dabei ist es egal, ob geplant oder ungeplant. Gerade bei ungeplanten Schwangerschaften benötigen Betroffene wertschätzende und ergebnisoffene Unterstützung und Beratung. Was sie am wenigsten brauchen, ist Belästigung von selbst ernannten Lebenschützer\*innen, die sie unter Druck setzen und ihre Entscheidungsfreiheit in Frage stellen! Immer wieder kommt es leider zu solchen Übergriffen – auch, weil die Rechtslage bei der Abwägung zwischen dem Recht der Versammlungsfreiheit und Meinungsäußerung auf der einen, und dem Persönlichkeitsrecht bzw. Recht auf Würde, sowie Leben und körperliche Unversehrtheit nicht ausreichend deutlich ist. Der Bund hat sich auf den Weg gemacht, hier Klarheit zu schaffen: Mit unserem Antrag fordern wir, dass das Land dieses Vorhaben unterstützt, eine zentrale Beratungsstelle für Betroffene von derartigen Gehsteigbelästigungen einführt, und bis zur Umsetzung der bundeseinheitlichen Regelung Polizei und Kommunen im Umgang mit derartigen Vorfällen unterstützt. Leider wurde auch dieser Antrag abgelehnt...

**Hier geht es zum Antrag.**



## SCHLUSS MIT DEM NOTSTAND IN DEN KITAS

ZU UNSEREM ANTRAG "KITA-KOLLAPS VERHINDERN - KITA-RETTUNGSPAKET AUFLEGEN"

In unseren Kitas herrscht der Notstand – leider seit einiger Zeit keine Neuigkeit mehr. Schon lange wissen die Träger nicht, wie sie dem Fachkräftemangel begegnen sollen – und mit den hohen Tarifabschlüssen ist ein weiteres Problem dazugekommen. Dass Erzieherinnen und Erzieher mehr Geld verdienen müssen, ist absolut richtig und notwendig! Gestiegene Lebenshaltungskosten lassen sich nicht mit warmen Worten und Blumen bezahlen.

Die Folge: Bereits ab August droht einigen Trägern die Zahlungsunfähigkeit. Dabei sind Kitas Ländersache – und das Land muss endlich handeln, um den Kitakollaps zu verhindern!

Der reguläre Finanzierungsrahmen, der vor Ukrainekrieg und Inflation aufgestellt wurde, passt einfach nicht mehr. Zu sagen, man habe ja nicht mitverhandelt und mit der KiBiz-Revision 2026 würde man sich dem Problem annehmen, verkennet den Ernst der Lage! Darum ging es in unserem Antrag in dieser Plenarwoche. Wir brauchen jetzt eine finanzielle und personelle Entlastung – und eine Regierung, die das auch endlich auf den Weg bringt! Doch leider haben CDU und Grüne den Ernst der Lage nicht erkannt und sperren sich gegen ein Rettungspaket. **Hier geht es zum Antrag.**





## TERVETULOA SUOMEEN!

WILLKOMMEN IN IN FINNLAND! DER UMWELTAUSSCHUSS DES LANDTAGS NRW BESUCHT FINNLAND.

Finnland, das Land der 1000 Seen ... aber auch der Wald- und Moorlandschaften. Auf einer Fläche so groß wie die Bundesrepublik Deutschland leben gerade einmal 5,5 Millionen Einwohner. Grund genug für uns als Umweltausschuss einmal den Blick über den Tellerrand zu wagen und das Land und seine Kultur besser kennenzulernen. Mit welchen Herausforderungen haben die Finnen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft zu kämpfen? Welche Lösungen haben sie bei der Herkulesaufgabe Umwelt- und Klimaschutz entwickelt? Was können wir von den Finnen lernen und vielleicht auch bei uns in NRW umsetzen? Mit einer großen Portion Neugier im Gepäck sind wir diesen Fragen auf unserer Ausschussreise nachgegangen. Unsere Reisegruppe bestand aus einer 27-köpfigen Delegation aller Parteien des Landtags NRW. Begleitet wurden wir durch einen Mitarbeiter der deutschen Botschaft, der bereits seit 14 Jahren in Finnland lebt und uns dadurch die finnische Kultur und das Lebensgefühl der Finnen näherbringen konnte. Dank einer Simultanübersetzerin war auch die Verständigung mit verschiedenen Vertreter\*innen der Behörden, Institutionen und Politiker\*innen kein Problem für uns. Unser Programm war reich gefüllt: Besuch eines Bio-Hofes, Besichtigung einer Hafermühle, Fahrt zur Umwelthauptstadt Lahti, Besichtigung der „Wood-City“, einem modernen Stadtteil in Holzbauweise, Treffen mit dem Botschafter, Gespräche mit Vertreter\*innen des Umweltzentrums, des Umweltministeriums, dem Verband der land- und forstwirtschaftlichen Produzent\*innen u.v.m.

Viele Eindrücke und Erfahrungen konnten wir am Ende aus Finnland mitnehmen. Eine finnische Weisheit, die die Liebe der Finnen zu ihrem Heimatland ausdrückt und dabei doch immer von Respekt gegenüber den anderen Ländern und Menschen geprägt ist, ist mir dabei besonders in Erinnerung geblieben: **Oma maa mansikka, muu maa mustikka.** Wörtlich übersetzt bedeutet es: Eigenes Land Erdbeere, fremdes Land Blaubeere. Denn ein bisschen mehr als ihre leckeren Blaubeeren lieben die Finnen noch die Erdbeeren, die, unter der Midsommer-Sonne gewachsen, besonders gut schmecken.





# KINDERSCHUTZ IST PFLICHTAUFGABE

ZUR ANTWORT AUF UNSERE GROSSE ANFRAGE ZUM THEMA KINDERSCHUTZ

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Thema "Kindesmissbrauch in Lügde" hat bereits in der vergangenen Legislatur begonnen anhand dreier Kinder exemplarisch das Versagen von Ermittlungsbehörden und Jugendämtern aufzuarbeiten. Das Ergebnis war ein Zwischenbericht, der deutlich macht: Es war nicht nur das Versagen einzelner Personen, sondern auch strukturelle Probleme staatlicher Behörden, die die Geschehnisse möglich machten. Mit 59 Schlussfolgerungen und nicht zuletzt dem Landeskinderschutzgesetz haben Untersuchungsausschuss und Kinderschutzkommission vor über einem Jahr einen Grundstein für einen verbesserten Kinderschutz in NRW gelegt - wir von der SPD wollten gerne wissen, wie denn die Umsetzung ist. Das Ergebnis ist ernüchternd - von den 186 Jugendämtern im Land haben gerade einmal 88 geantwortet. Das sind unter 47%. Das Kinderschutzgesetz sollte vor allem die Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungen durch Jugendämter klarer regeln und Netzwerke für den Kinderschutz etablieren. Von 98 Jugendämtern wissen wir gar nichts, in 44 Jugendämtern gibt es keine Netzwerke, in 43 gibt es welche. 39 Jugendämter beabsichtigen, in 2023 eines einzurichten, ein weiteres Jugendamt plant dies für 2024. Dass die Landesregierung an 479 Stellen auf das Kinderschutzgesetz verweist, zeigt, dass auch sie will, dass es von den Jugendämtern umgesetzt wird. Aber offensichtlich sieht sie keine Handhabe, die Jugendämter dazu zu bringen. Stattdessen wird auf die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung verwiesen. Das stimmt zwar - aber wir

von der SPD sind der Meinung, dass Kinderschutz und Kinderrechte eindeutig vorrangige verfassungsrechtlich gebotene Zwecke sind. Daher brauchen wir endlich eine Fachaufsicht! Es ist mehr als erschreckend, dass der Interpretationsrahmen ob und wann das Kinderschutzgesetz umgesetzt wird, durch die Jugendämter sehr weit - oder besser gesagt - zu weit gefasst wird! Dass nicht einmal die Hälfte bei einer offiziellen Anfrage aus dem Landtag antwortet, ist ein Symptom dafür, dass wir als Land noch zu wenig Überblick über die Strukturen in diesem Bereich haben. Die Antwort der Landesregierung hat außerdem gezeigt - wie es bereits im Kontext um die Debatten um das Kinderschutzgesetz vereinbart wurde - dass wir Kinderschutz breiter denken müssen, als "nur" auf die Jugendämter zu schauen. Beispielhaft können die Bereiche Polizei, Justiz, Schule, Kita und Gesundheit genannt werden. In allen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen kann es zu Missbrauch kommen - und in allen Bereichen muss er dann auch entdeckt werden, egal ob bei ärztlichen Untersuchungen oder durch auffälliges Verhalten in Kita oder Schule. Hier sind ressortübergreifendes Denken und Handeln gefragt. Das gilt übrigens nicht nur für NRW, sondern für ganz Deutschland - darum halten wir es auch weiterhin für erforderlich, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, und dort das Kindeswohl als vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt verankert wird. **Hier gibt es meine ganze Rede zu dem Thema - allerdings mit einer Altersbeschränkung.**



SAVE  
THE  
DATE

01.06.23



LET'S TALK ABOUT...

DIGITALE SPRECHSTUNDE  
MIT NADINE UND NINA



SPD

... deine Themen! Denn genau die interessieren uns. Was bewegt dich politisch, wo gibt es Schwierigkeiten im Alltag oder worüber wolltest du schon immer mal mit uns sprechen?

Gelegenheit dazu hast du am 01.06.2023 ab 18 Uhr in der gemeinsamen digitalen Sprechstunde mit der Bundestagsabgeordneten Nadine Heselhaus und mir.

Terminslots für ein Zoom-Gespräch kannst du ganz einfach telefonisch unter 02861 / 90 80 606 oder per Mail unter [nadine.heselhaus.ma03@bundestag.de](mailto:nadine.heselhaus.ma03@bundestag.de) reservieren.

Wir freuen uns auf dich und deine Themen!